

Došlo dne/
čas přijeti: 21-06-2012

Počet listů:
Příloh: 4

Číslo jednací:/ENV/



MIZPP00S9KZ9

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München

Ministerstvo Životního Prostředí
100 00 Praha 10 Vrsovice
Vrsovícka 65

Tschechische Republik

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089/4126-2493, -2728

Fax 089/4126-1494

info@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de

U4/U5 Max-Weber-Platz

Tram 19 Maximilianeum

München, den 18.06.2012

Einwendungen im Rahmen der grenzüberschreitenden UVP zur Erreichung zweier neuer Atomkraftwerke am Standort Temelin

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des laufenden UVP-Verfahrens zum geplanten Neubau von zwei weiteren Atomreaktoren am Standort Temelin erheben wir in Namen der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag Einwendungen.

Vorab möchten wir Ihnen unsere Sorge darüber mitteilen, dass die tschechische Regierung mit ihrer Energiepolitik an dem Neubau von Atomkraftwerken festhält. An dem Genehmigungsverfahren zu Temelin 3 +4 beteiligt sich unsere Fraktion seit 2008. Die energiewirtschaftliche Situation hat sich seitdem in vielfältiger Hinsicht verändert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat nicht nur in den Krisenjahren 2008 und 2009 sämtliche längerfristigen ökonomischen Prognosen in Frage gestellt; auch die aktuelle „Euro-Krise“ bzw. „Verschuldungskrise“ lassen erheblichen Zweifel an den Wachstumsprognosen aufkommen. Die Katastrophe von Fukushima hat weltweit die Einschätzung der Gefahren der Atomenergie verändert und in vielen Ländern der Erde zu einer Neuausrichtung der Energiepolitik geführt – nicht nur in Deutschland. Parallel dazu haben die Technologien der Erneuerbaren Energien einen ungeahnten Aufschwung erlebt, der den Zeitpunkt der Konkurrenzfähigkeit der erneuerbaren Energien im Vergleich zu den bisherigen konventionellen Energien deutlich näher rücken lässt. Die Perspektiven der volatilen Sonnen- und Windenergie wird den Bedarf an so genannten „Grundlastkraftwerken“ rapide reduzieren. Langfristig sind daher nur flexible Ersatzkraftwerke im Strommarkt rentabel. All dies bekräftigt unsere Ansicht, dass der Bau von neuen Atomkraftwerken – unabhängig von der Gefahrendiskussion – auch energiewirtschaftlich eine falsche Entscheidung wäre. Die Zurückhaltung von Investoren in verschiedenen europäischen Ländern sollte Ihnen zu denken geben.

Im Rahmen des laufenden UVP-Verfahrens haben wir das von Ihnen veröffentlichte Gutachten, und dabei insbesondere die Stellungnahme zu unserer Einwendung vom 24.8.2010 geprüft und wollen dazu Stellung nehmen.

Der Behauptung des Gutachterteams, wonach im Fall eines Auslegungsstörfalls die grenzüberschreitende Auswirkung gleich Null wäre, widersprechen wir eindeutig. Diese Behauptung ist unseres Erachtens nicht begründet. Wir halten diese Behauptung nicht zuletzt auch deshalb für ungerechtfertigt, weil bis heute nicht bekannt ist, welcher Reaktortyp an diesem Standort geplant ist. Wir kritisieren, dass die Zusage des tschechischen Umweltministers aus dem Jahre 2009, wonach im Rahmen des UVP eine konkrete Untersuchung der Auswirkungen jedes in Frage kommenden Reaktortyps erfolgen soll, offensichtlich nicht eingehalten wurde. Dies ist umso unverständlicher, nachdem die Entscheidung über den Reaktortyp Pressemeldungen zufolge unmittelbar bevorsteht. Eine Aussage darüber, welche Folgen ein Unfall haben könnte, ohne Anhaltspunkte über die reale Konstruktion der Anlage zu haben, ist unseres Erachtens nicht möglich. Die Behauptung, dass eine Evakuierung außerhalb einer Entfernung von 800 Metern vom Reaktor nicht nötig sein würde, ist angesichts der fehlenden Basisinformationen über den geplanten Reaktor, nicht haltbar.

Sowohl die Auswirkungen der Tschernobyl-Wolke 1986 in Europa, als auch die Tatsache, dass mittlerweile radioaktiv verseuchte Stoffe aus Fukushima an der Westküste der USA anlanden sind unserer Ansicht nach deutliche Beweise dafür, dass eine Begrenzung der radioaktiven Schäden auf einen eng begrenzten Raum nicht möglich ist.

Zu unserer Kritik an der fehlenden Notwendigkeit für den Bau neuer Atomkraftwerke hat das Gutachterteam lediglich auf Beschlüsse und Planungen verschiedener tschechischer Regierungsstellen hingewiesen. Wir bezweifeln keineswegs die Existenz dieser Beschlüsse und Planungen (aus den Jahren 2007 und 2009); vielmehr bezweifeln wir, dass diese richtig sind. Auf die diesen Regierungsentscheidungen zu Grunde liegenden Annahmen und Rahmenbedingungen geht das Gutachterteam leider in seiner Stellungnahme nicht ein. Wie schon in unseren einleitenden Bemerkungen erwähnt, beurteilen wir die Situation vollkommen anders. Zumindest müssten unserer Ansicht nach die Planungen dringend aktualisiert werden.

Ähnlich verhält es sich mit unserer Kritik an der fehlenden Prüfung von Alternativen. Auch hier verweist das Gutachterteam lediglich auf die Notwendigkeit des Ersatzes von Kohlekraftwerken und auf Zielsetzungen der EU. Eine substantielle Prüfung der Alternativen findet auch in diesem Gutachten nicht statt.

Auch die Stellungnahme des Gutachterteams zu unseren sicherheitstechnischen Einwänden ist unseres Erachtens nicht ausreichend. Auch hier gilt, dass die Sicherheitsaspekte nicht tatsächlich betrachtet werden können, solange der Reaktortyp nicht feststeht.

Vollkommen unklar ist in dem Gutachten ebenso, welche Unfallszenarien betrachtet wurden, und welche Szenarien dem Restrisiko zugeordnet

werden, und inwieweit bei der Definition des „Restrisikos“ neuere Entwicklungen berücksichtigt wurden.

Gerade die Standfestigkeit gegen bewusst herbeigeführte Flugzeugabstürze oder durch terroristische Einwirkungen von außen lässt sich nicht ohne genaue Kenntnis der Konstruktion der Anlage überprüfen. Gerade beim Flugzeugabsturz reicht es nicht aus, lediglich eine bestimmte Variante durchzurechnen. Vielmehr müssen eine beträchtliche Anzahl von Berechnungen vorgenommen werden, bei denen unterschiedliche Flugzeugtypen, unterschiedliche Geschwindigkeiten, Aufprallwinkel, Triebwerke und Treibstoffmengen berücksichtigt werden.

Es reicht aber nicht aus, den Schutz der Anlagen in Bezug auf Einwirkungen von außen auf den Flugzeugabsturz zu reduzieren. Ein mindestens genauso wichtiger Aspekt ist die Bedrohung durch panzerbrechende Waffen. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass in Deutschland auf Grund neuer Erkenntnisse über mögliche Tatwaffen und das Verhalten potenzieller Täter die Sicherheit bestehender Atomanlagen von staatlichen Stellen in Frage gestellt wurde. Der Hinweis des Gutachterteams auf eine vergleichbare Praxis in anderen Ländern ist unserer Ansicht nach nicht ausreichend. Wir kritisieren diesbezüglich auch die Praxis in Deutschland.

Erhebliche Zweifel haben sich bei der Durchsicht der Unterlagen auch ergeben, ob die Kühlung der Reaktoren ausreichend ist. Die am Standort vorhandenen Wasserreservoirs reichen nicht aus, um im Falle eines Störfalls die nötige Kühlung zu garantieren. In Kombination mit einem Ausfall der Wasserleitung zum Standort können so sehr schnell nicht mehr beherrschbare Situationen entstehen.

In gleicher Weise müssen wir zum Thema Entsorgung Stellung nehmen. Durchaus im Bewusstsein über die vollkommen ungeklärte und seit Jahrzehnten verschleppte Entsorgungssituation für Atom Müll in Deutschland, halten wir Beschlüsse über zu errichtende Entsorgungsanlagen, die im Jahr 2065 fertig gestellt sein sollen, nicht ausreichend um langfristig die Atom Müllmenge weiter deutlich zu erhöhen. Auch die Hinweise auf die langfristigen Entsorgungsverpflichtungen durch die Betreiber bieten angesichts der vielfältigen Möglichkeiten der Zahlungsunfähigkeit der Betreiber innerhalb dieses langen Zeitraums keine verlässliche Garantie auf einen angemessenen Umgang mit dieser Gefahr.

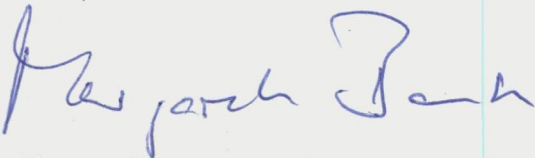
Abschließend möchten wir jedoch auch noch auf einige Verfahrensfragen eingehen, die unserer Ansicht nach nicht rechtens und im Sinne einer angemessenen Beteiligung von Nachbarstaaten nicht hilfreich sind. Die Festsetzung des Termins zur Erörterung unserer Einwendung nur wenige Tage nach dem Schluss der Abgabefrist weckt bei uns erhebliche Zweifel an der ordnungsgemäßen Bearbeitung. Werden tatsächlich unsere Einwendungen innerhalb von drei Tagen von Ihrer Behörde gründlich geprüft? Es gibt in Deutschland kein vergleichbares Verfahren, das in dieser Eile durchgezogen worden wäre.

Nach einer rechtlichen Prüfung durch ein unabhängiges Institut für Umweltfragen, die durch uns in Auftrag gegeben wurde, wäre ein

Erörterungstermin in Deutschland zwingend notwendig. Ihre Rechtsauffassung, dass ein Erörterungstermin in Tschechien rechtlich ausreichend sei, teilen wir ausdrücklich nicht und behalten uns juristische Schritte dagegen vor.

Die Fortführung des UVP-Verfahrens nach dem alten tschechischen UVP-Gesetz, das nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen geltendes EU-Recht verstoßen hat, ist unserer Ansicht nach eine unerlaubte Fortführung eines Rechtsverstoßes. Wir fordern Sie daher auf, das UVP-Verfahren ordnungsgemäß nach dem neuen, vom tschechischen Parlament beschlossenen UVP-Gesetz durchzuführen.

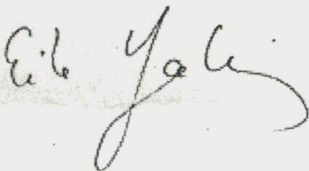
Mit freundlichen Grüßen



Margarete Bause, MdL
Fraktionsvorsitzende



Dr. Martin Runge, MdL
Fraktionsvorsitzender



Eike Hallitzky, MdL
Sprecher Arbeitskreis Ökologie und Ökonomie



Ludwig Hartmann, MdL
Energiepolitischer Sprecher